

Nr.	Gläubiger	Aktenz...	Gläubi...	Aktenz...	berech...	Gesamt...	Forder...	Bemerk...
1	EOS De...	578527...	EOS In...			795,56 €		Keine ...
2	EOS De...	578527...	EOS In...			792,06 €		Keine ...

Rechtsanwaltskanzlei Thomas Scuric Bochum, 02.10.2025 Thomas Scuric Rechtsanwalt Bongardstraße 33 44787 Bochum  
 Telefon: 0234 913681-0 Telefax: 0234 913681-29 e-Mail: info@ra-scuric.de Öffnungszeiten: Mo. - Fr.:  
 09.00 - 13.00 Uhr 14.00 - 18.00 Uhr Bankverbindungen: Deutsche Bank Konto-Nr.: 172 209 900 BLZ: 430  
 700 24 Aktenzeichen: 12345/TS-JK (Bei Schriftverkehr und Zahlungen unbedingt angeben) Rechtsanwaltskanzlei  
 Scuric, Bongardstraße 33, 44787 Bochum Finanzamt Bochum-Süd Königsallee 21 44789 Bochum Ihre Forderung  
 gegen test nameeeeeee 12345 Außergerichtlicher Einigungsversuch im Rahmen der Insolvenzordnung (InsO) Sehr  
 geehrte Damen und Herren, mittlerweile liegen uns alle relevanten Daten vor, so dass wir Ihnen nun einen  
 außergerichtlichen Einigungsvorschlag unterbreiten können: Herr test nameeeeeee ist bei 12 Gläubigern mit  
 insgesamt 1.587,62 € € verschuldet. Die familiäre und wirtschaftliche Situation stellt sich wie folgt dar: Er ist am  
 24.11.1985 geboren und verheiratet. Herr test nameeeeeee verfügt über Einkommen aus Erwerbstätigkeit in Höhe  
 von 726,76 €. Somit ergibt sich ein pfändbarer Betrag nach der Tabelle zu § 850c ZPO von 179,89 €  
 monatlich. Analog zur Wohlverhaltensperiode im gerichtlichen Verfahren sieht unser außergerichtlicher  
 Einigungsvorschlag eine Laufzeit von 3 Jahren vor. Während der Laufzeit zahlt Herr test nameeeeeee monatlich  
 den pfändbaren Betrag in Höhe von 179,89 €. Diese Beträge werden nach der sich für jeden Gläubiger  
 errechnenden Quote auf alle beteiligten Gläubiger verteilt. Auf Ihre Forderung in Höhe von 1.677,64 € errechnet  
 sich ein Gesamttilgungsangebot von 6.843,24 €. Dies entspricht einer Tilgungsquote von 32,57 %. Nähere  
 Einzelheiten entnehmen Sie bitte dem beigefügten Zahlungsplan. Ihre Forderung ist die laufende Nummer  
 12. Der Zahlungsplan beginnt am 1.8.2025, vorausgesetzt, dass bis dahin eine Einigung zustande kommt. Die  
 Raten sind jeweils zum 03. des Monats fällig. Nach Zahlung der letzten Rate erhält Herr test nameeeeeee den  
 entwerteren Vollstreckungstitel zurück und eine Erledigungsmeldung bei der Schufa. Bei bereits laufenden  
 Lohnpfändungen: Bitte um die Zusage, dass eine laufende Lohnpfändung zurückgenommen wird. Für Ihre  
 Entscheidung geben wir zu bedenken, dass im gerichtlichen Verfahren dieselben Beträge zur Verteilung  
 kommen, die von uns jetzt angeboten werden. Allerdings werden dann hiervon die Gerichtskosten und die  
 Kosten des Treuhänders in Abzug gebracht. Im gerichtlichen Verfahren sind Sie somit aller Voraussicht nach  
 schlechter gestellt. Wir bitten daher, im Interesse aller Beteiligten um Ihre Zustimmung bis zum 16.05.2025 zu  
 unserem Vergleichsvorschlag. Für den Fall, dass nicht alle Gläubiger zustimmen, wird Herr test nameeeeeee  
 voraussichtlich bei Gericht Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mit anschließender  
 Restschuldbefreiung stellen. Mit freundlichen Grüßen Rechtsanwalt Zusatzvereinbarungen zum  
 Schuldenbereinigungsplan vom 01.08.2025 Verzicht auf Zwangsvollstreckungsmaßnahmen Mit wirksamen  
 Abschluss des Vergleichs ruhen sämtliche Zwangsvollstreckungsmaßnahmen und Sicherungsverwendungen,  
 soweit sie sich auf das Vermögen der Vertragschließenden des Schuldners beziehen. Eingeleitet werden dürfen  
 diese durch die Gläubiger während der Laufzeit der Vereinbarung vorher nicht. Von der Einhaltung ist der  
 Schuldner auf weitere Zwangsvollstreckungsmaßnahmen über die Erfüllung befreit bis zum Anlaufen. Einsatz  
 eines außergerichtlichen Treuhänders Es wird ein außergerichtlicher Treuhänder eingesetzt, der die pfändbaren  
 Beträge einzieht und nach der Quote an die Gläubiger verteilt. Anpassungsklauseln 1. Bei Änderung der  
 Pfändungstabelle zu § 850 c ZPO ändert sich der Zahlungsbetrag dem entsprechend.  
 2. Bei Änderung der Einkommensverhältnisse wird eine erneute Einkommensaufstellung erfolgen. Bei  
 Arbeitslosigkeit oder anderer nicht vom Schuldner zu tretender Gründe wird der Zahlungsbetrag analog der  
 Pfändungstabelle zu § 850 c ZPO entsprechend angepasst.  
 3. Bei einer wesentlichen Verbesserung der Einkommenssituation ist mit einer dauerhaft mindestens 10% oder  
 bei einem Wegfall von Unterhaltungspflichten erfolgt eine Anhebung der Rate entsprechend dem pfändbaren Betrag  
 zu § 850 c ZPO. Obliegenheiten 1. Der Schuldner verpflichtet sich, dem Gläubiger auf Anforderung Nachweise  
 über seine Einkommenssituation zu gewähren.  
 2. Im Falle der Arbeitslosigkeit verpflichtet sich der Schuldner zu intensiven eigenen Bemühungen um eine  
 angemessene berufliche und wirtschaftliche Tätigkeit abzulehnen. Auf Anforderung des Gläubigers legt der  
 Schuldner entsprechende Nachweise vor.  
 3. Erhält der Schuldner während der Laufzeit der Ratenzahlungen eine Erbschaft, verpflichtet er sich, diese zur  
 Hälfte an die Gläubiger entsprechend ihrer jeweiligen Quoten herauszugeben. Kündigung Gerät der Schuldner  
 mit zwei ganzen aufeinander folgenden Monatsraten in Rückstand, ohne dass vor den Gläubigern eine  
 Stundungsvereinbarung getroffen worden ist, so kann von Gläubigerseite der abgeschlossene Vergleich  
 schriftlich gekündigt werden.  
 Vor einer Kündigung wird der Gläubiger dem Schuldner schriftlich eine zweiwöchige Frist zur Zahlung des  
 rückständigen Betrages einräumen. Diese Aufforderung ist mit der Erklärung zu verstehen, dass bei  
 Nichtzahlung der Vergleich gekündigt wird.